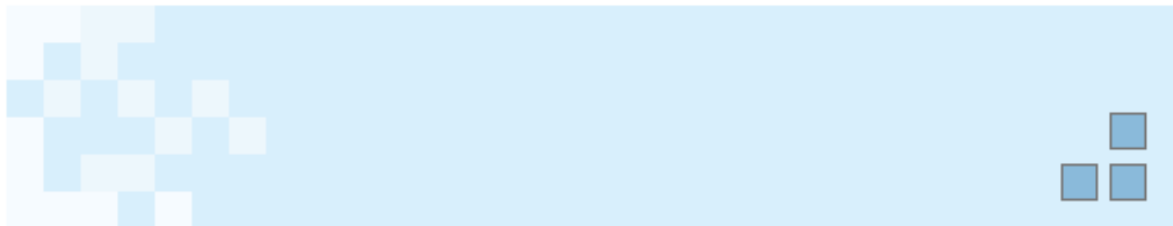


Jürgen Spiegel

**Bestandserhebung und -analyse im Rahmen des  
Projekts „Gemeinsam wachsen – Freiburger  
Netzwerk gegen Kinderarmut“**

**– Kurzbericht –**



Unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Landesmitteln,  
die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.

***FIFAS***

Freiburger Institut für angewandte  
Sozialwissenschaft e.V.  
Erasmusstr. 16  
79098 Freiburg

Homepage: <https://fifas.de>  
E-Mail: [info@fifas.de](mailto:info@fifas.de)  
Telefon: 0761 / 28 83 64

## Einleitung

In der Stadt Freiburg lebt jedes siebte Kind in einer armutsgefährdeten Familie. Die materielle Armut kann erhebliche und lebenslange Auswirkungen auf die Teilhabechancen und Verwirklichungschancen dieser Kinder auch in anderen Lebenslagen haben, wie der Bildung, der sozialen Integration und Teilhabe sowie der Gesundheit. Die Stadt Freiburg beteiligt sich deshalb – in Kooperation mit dem Freiburger Bündnis für Familie – mit ihrem Projekt „Gemeinsam wachsen – Freiburger Netzwerk gegen Kinderarmut“ an der vom Land Baden-Württemberg geförderten Etablierung von Präventionsnetzwerken, mit denen integrierte kommunale Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt werden sollen.

Als eine Grundlage wurde vom Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS), im Auftrag des Amtes für Kinder, Jugend und Familie der Stadt, eine Bestands- und Bedarfserhebung durchgeführt. Dieser Kurzbericht fasst die wesentlichen Ergebnisse zusammen. Die ausführliche Dokumentation steht als Arbeitsbericht zum Download zur Verfügung:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91339-4>

Für die Studie wurden verschiedene Methoden eingesetzt:

- Durch die Aufbereitung und Analyse vorhandener, auf Ebene der Stadtbezirke differenzierter Sozialindikatoren wurden Informationen über die Situation in den Stadtgebieten Freiburgs gewonnen.
- Die vorhandenen Angebote zur Prävention und Eindämmung von Kinderarmut wurden durch eine Online-Abfrage bei den Trägern, ergänzt durch die Erfassung bereits vorliegender Angebotslisten, erhoben.
- Mit leitfadengestützten Expert\*inneninterviews wurden vorrangig Einschätzungen zu den Bedarfen abgefragt.
- Ebenfalls zur Bedarfserhebung und zur Einbindung und Beteiligung der Zielgruppen wurden Gruppendiskussionen mit armutsgefährdeten Eltern und Jugendlichen durchgeführt.

## Situation in den Stadtbezirken

Die Analyse von Sozialindikatoren ergab, dass sich die Situation in den Freiburger Stadtbezirken sehr unterschiedlich darstellt. Es konnten Indikatoren für eine prekäre materielle Lage der Bevölkerung (Armutgefährdungsquote, Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, Anteile von Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko: Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Migrant\*innen) und für Bildungschancen (Kita-Plätze für 0-3-Jährige und 3-6-Jährige, Anteil Gymnasiast\*innen in Klasse 5-10) berücksichtigt werden. Es zeigt sich, dass es Stadtbezirke mit kumulierten Problemlagen gibt. Weingarten, Brühl-Industriegebiet und Brühl-Beurbarung, Haslach-Schildacker, Haslach-Gartenstadt und Haslach-Egerten, Mooswald-Ost und Landwasser zählen bei allen oder zumindest den meisten Indikatoren zu den Bezirken mit den ungünstigsten Werten in Freiburg. Am anderen Ende der Skala finden sich Stadtteile wie die Wiehre, die bei den meisten Indikatoren Spitzenplätze einnimmt.

## Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut in Freiburg

Die Erhebung der in Freiburg vorhandenen Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut ergab eine Datenbank mit derzeit über 500 Einträgen, die dem noch zu etablierenden Freiburger Präventionsnetzwerk für die weitere Arbeit zur Verfügung steht. Mithilfe dieser Datenbank können Lücken und Doppelstrukturen in den einzelnen Themenfeldern erkannt werden und es kann darauf hingearbeitet

werden, in Freiburg eine lückenlose Präventionskette unterstützender Angebote von der Geburt bis zum Erwachsenwerden aufzubauen. In der Folge wird es aber nötig sein, die Datenbank sukzessive zu ergänzen und zu aktualisieren.

## Ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken

Informationen zu Lücken in der Angebotslandschaft und zu ungedeckten Bedarfen lassen sich auch aus den qualitativen Expert\*inneninterviews und den Gruppeninterviews mit Eltern und Jugendlichen gewinnen. Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

- Bei den **Anbietern** bzw. Trägern besteht ein Defizit an Informationen zu den vorhandenen Angeboten und den Bedarfen der Zielgruppen. Hilfreich wäre, wenn die Stadt ein zentrales (Online-)Verzeichnis erstellt, zusätzliche Statistikdaten verfügbar macht und quartiersbezogene Bedarfserhebungen durchführt.
- Sowohl für einkommensarme Familien als auch für die Träger von Angeboten ist der chronisch angespannte **Wohnungsmarkt** in Freiburg ein großes Problem, für das aber kaum Lösungen in Sicht sind. Die Wohnraumversorgung der Familien ist oftmals ungenügend, es ist aber auch sehr schwer, geeignete Räumlichkeiten für Treffen oder für Kursangebote u.Ä. zu finden.
- Weiter ausgebaut werden sollten die Angebote zur **Kinderbetreuung** in Freiburg. Um einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit nachgehen zu können oder eine berufliche Qualifizierung absolvieren zu können, sind Eltern auf eine möglichst lückenlose Kinderbetreuung angewiesen. Und natürlich hat Kinderbetreuung auch sehr oft einen positiven Effekt auf die soziale Integration und Teilhabe von Kindern und auf deren Bildung. Das Angebot ist aber bei den (Ü3-)Kita-Plätzen, der Schulkinderbetreuung und bei niederschweligen Ferienbetreuungen und -angeboten offenbar knapp. Die Betreuungszeiten sollten in vielen Fällen ebenfalls erweitert werden, das Angebot wird aber derzeit aufgrund des Fachkräftemangels tendenziell eher eingeschränkt.
- Um die Vererbung von Armut zu durchbrechen, ist die Unterstützung der Kinder in der **Bildung** sehr wichtig. Deshalb sollten in diesem Bereich mehr Angebote bereitstehen. Konkret fehlt es aus Sicht der Expert\*innen an Beratungsangeboten zum Bildungssystem, Unterstützung für Migrant\*innen durch bedarfsgerechte Sprachkurse für die Eltern und Dolmetscher\*innendienste und Förderangeboten für Schüler\*innen mit entsprechendem Bedarf. Die Jugendlichen nennen in den Gruppendiskussionen ähnliche Bedarfe: besser ausgestattete Schulgebäude, mehr Unterstützung und Förderung im Schulsystem durch motivierte Lehrer\*innen, mehr Hausaufgabenbetreuung und Zuschüsse für Schulmaterialien und -essen. Die Eltern kritisieren die Benachteiligungen durch zu hohe Kosten für attraktive Schulausflüge und Studienreisen.
- Da der Zugang zu den Angeboten ein großes Problem darstellt (s.u.), sollten niederschwellige, wohnortnahe **Beratungsangebote** ausgebaut werden. Sehr bewährt haben sich in dieser Hinsicht die Quartiersbüros, bzw. -treffs, die an weiteren Standorten eingerichtet werden sollten.
- Um die soziale Teilhabe von Kindern- und Jugendlichen zu verbessern, sollten für sie genügend **Freizeitangebote** zur Verfügung stehen. Eine Unterversorgung besteht für die Expert\*innen vor allem für Jugendliche, denen es an Treffpunkten und Sportangeboten mangelt. Auch im Freizeitbereich gibt es zu wenig qualifizierte Angebote für Kinder mit Förderbedarf. Die Eltern und Jugendlichen äußern in den Gruppendiskussionen ebenfalls den Bedarf an Räumen, um sich zu in der Freizeit zu treffen, die Jugendlichen bestätigen den Mangel an bestimmten Sportangeboten.

- Die Expert\*innen sehen als besonders **unterversorgte Gruppen** alleinerziehende Frauen, die vor allem mehr Unterstützung bei der Kinderbetreuung benötigen. Zu wenige bedarfsgerechte Angebote gibt es auch für Migrant\*innen, vor allem, wenn sie neu zugewandert sind. Problematisch ist zudem die Situation von Familien, die knapp über der Einkommensgrenze liegen und deshalb viele Hilfen und Angebote nicht nutzen können. Durch die Krisen der letzten Jahre sind selbst viele Mittelschichtsfamilien in prekäre Lagen geraten und bräuchten mehr Unterstützung. Dass für Jugendliche das Angebot eher eingeschränkt ist, wurde bereits erwähnt. Neben Freizeitangeboten fehlen für sie Ansprechpersonen für ihre Anliegen und „informelle“ Partizipationsmöglichkeiten.
- Zur Frage, ob es genügend **gendergerechte** Angebote in Freiburg gibt, ergaben sich nur wenige Informationen. Einerseits wurden bei der Online-Abfrage bei den Trägern nur sehr wenige genderspezifische Angebote genannt, andererseits sahen die Expert\*innen keine gravierenden Defizite in der Angebotslandschaft. Es ist aber möglich, dass bei der Erhebung nur ein Teil der vorhandenen Angebote erfasst wurde bzw. sie in übergreifenden Angebotsnennungen mit enthalten sind. Ein dringlicher Handlungsbedarf lässt sich jedenfalls aus den erhobenen Daten nicht ableiten.
- **Doppelstrukturen** bei den Angeboten kommen zwar vor, sind aber in den Augen der Expert\*innen von untergeordneter Bedeutung. Sie entstehen durch ungenügende Koordination der in unterschiedliche Strukturen eingebundenen Anbieter und die „Konjunkturen“ bei den Themenschwerpunkten der Förderprogramme. Ein gewisses Maß an Doppelungen ist für die Zielgruppen aufgrund der dadurch gegebenen Auswahlmöglichkeiten mitunter sogar von Vorteil.
- In der Literatur wird immer wieder betont, auf die **Schnittstellen und Übergänge** in der Präventionskette zu achten. Tatsächlich geht nach Aussage der Expert\*innen beim Übergang eines Kindes in die nächste Lebensphase, z.B. von der Kita in die Schule, durch den Wechsel der Zuständigkeiten und Akteur\*innen oftmals Wissen über die Bedarfe des Kindes und Problemlagen der Familie und mitunter auch die Vertrauensbasis zwischen Anbieter und Familie verloren. Hilfreich wäre mehr „Hand-zu-Hand-Vermittlung“, d.h. dass eine Übergabe beim Wechsel von Zuständigkeiten stattfindet, so wie das z.B. einige Kitas durch Kooperationen mit den Grundschulen praktizieren. Dafür müssten mehr Zeit- und Personalressourcen zur Verfügung stehen. Um die Vertrauensbasis zu erhalten, wäre Case-Management mit langfristigen Bezugspersonen von Vorteil. Schnittstellenproblemen zwischen in verschiedene Systeme eingebundene Anbieter und Institutionen kann durch eine verbesserte, quartiersbezogene Vernetzung der Akteur\*innen begegnet werden.

## Angebote und Bedarfe in den Freiburger Stadtteilen

Betrachtet man die Verteilung der durch die Erhebung erfassten Angebote im Stadtgebiet, fällt auf, dass sie sich eher in der Innenstadt konzentrieren. Vergleichsweise viele sind in den Stadtteilen Wiehre, Stühlinger, Haslach, Weingarten, Brühl und in der Altstadt angesiedelt. In den Ortsteilen Ebnet, Kappel, Waltershofen und Munzingen befinden sich dagegen nur wenige. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die *Anzahl* der erfassten Angebote für sich genommen nur sehr bedingt aussagekräftig ist.

Auch in den qualitativen Erhebungen wurden Informationen zu möglichen sozialräumlichen Lücken gesammelt. Die Expert\*innen argumentierten in den Interviews in diesem Punkt differenziert. Einerseits wurden Lücken gesehen, andererseits aber auch die Vorteile einer räumlichen Ballung von Angeboten benannt, die u.a. in einer Vereinfachung bei deren Verzahnung und geringerem Mobilitätsaufwand für die Nutzer\*innen liegen.

Als mit Angeboten unterversorgte Quartiere nennen einzelne Expert\*innen in Verbindung mit der Bewohnerstruktur Haslach und Weingarten, aber auch Munzingen. Auch die anderen Freiburger Randstadtteile haben Defizite, weil hier fast ausschließlich Vereinsangebote zu finden sind.

Die Expert\*innen bestätigen das Ergebnis der Angebotserhebung, dass die Beratungsstellen räumlich konzentriert sind und eine bessere Verteilung im Stadtgebiet sinnvoll wäre. Weitere sozialräumlich Lücken werden gesehen bei den Ü3-Kitaplätzen, Familienzentren, Frauen- und Mädchentreffs sowie Sportangeboten am Nachmittag.

## Zugangsbarrieren

Sowohl in der Online-Abfrage bei den Trägern, als auch in den Expert\*inneninterviews und Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen wurde gefragt, welche Zugangsbarrieren die Inanspruchnahme von Angeboten verhindern. Generell stellen Zugangsbarrieren, gerade auch angesichts teilweise hoher Nichtinanspruchnahmequoten von Leistungen und geringer Auslastung von Angeboten, ein gravierendes Problem dar. Die meisten befragten Expert\*innen sehen darin sogar ein viel größeres Problem als in den bestehenden Lücken in der Angebotslandschaft.

Damit ein Angebot von den Zielgruppen genutzt wird, müssen mindestens zwei Bedingungen erfüllt sein. Zunächst einmal muss es der Zielgruppe bekannt sein. Und wenn es bekannt ist, dürfen einer Nutzung keine anderen schwerwiegenden Hinderungsgründe entgegenstehen.

- Sowohl in den Expert\*inneninterviews als auch den Gruppendiskussionen mit den Eltern war ein wichtiger Aspekt, dass die Freiburger Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut einem großen Teil der Zielgruppe (und auch manchen beratenden Fachkräften) nicht oder nur wenig **bekannt** sind. Das legt den Schluss nahe, dass die – meistens ja vorhandenen – Informationen die Zielgruppen nicht erreichen, der Zugang zu ihnen nicht gelingt. Die „klassischen“ Zugangswege, wie Broschüren, Flyer, Homepages, funktionieren oftmals nicht. Der effektivste Weg, um über Angebote zu informieren, ist eine niederschwellige, aufsuchende, persönliche Ansprache der Zielgruppe durch vertrauenswürdige Personen. Das können Mitarbeitende der Anbieter oder übergreifender Beratungsstellen sein. Persönliche Ansprache ist auch deshalb sinnvoll, da ein Teil der Zielgruppe sich eher nicht aktiv selbst informiert und in gewisser Weise „an die Hand“ genommen werden sollte. Deshalb sind „Lotsen“ oder „Kümmerer“ besonders hilfreich, die genau diese persönliche Beratung und Begleitung leisten, die es braucht. Die Eltern bemängeln in den Gruppendiskussionen in diesem Zusammenhang, dass – vor allem in Behörden – sich niemand für die Beratung zuständig fühlt und Informationen, wenn überhaupt, nur auf Nachfrage gegeben werden. Das bestätigen auch die Aussagen der Expert\*innen. Sehr gut funktioniert aber auch die Mund-zu-Mund-Information innerhalb der Zielgruppen. Wie wichtig diese ist, zeigt sich nun nach Abflauen der Covid-Pandemie, während deren Hochphase viele Angebote gar nicht oder nur stark eingeschränkt genutzt werden konnten. Die Bekanntheit bei den Zielgruppen hat dadurch stark nachgelassen und es ist mitunter ein langwieriger Prozess, bis Angebote sich wieder herumgesprochen haben und wieder genutzt werden. Um den Informationsaustausch untereinander zu fördern, ist deshalb auch die Stärkung der Netzwerke der Zielgruppen sinnvoll.
- Ein persönlicher **Zugang** zu den Zielgruppen ist einerseits besonders gut geeignet, um zu beraten und Informationen zu vermitteln. Er kann aber auch sehr dabei helfen, Hemmschwellen bei der Wahrnehmung eines Angebots abzubauen, vor allem, wenn die Schritte dahin (Beantragung, Anmeldung etc.) aktiv begleitet werden. Am besten gelingt eine persönliche Kontaktaufnahme im

Lebensraum der Zielgruppen, also indem sie am Wohnort oder an Orten, an denen sie sich ohnehin aufhalten, angesprochen werden.

Beratung mit Informationen über unterstützende Angebote sollten die Eltern so früh wie möglich, spätestens wenn das Kind im frühen Kleinkindalter ist, erhalten, damit sich Problemlagen im Laufe der Biografie nicht erst kumulieren und verfestigen. Dabei ist darauf zu achten, dass möglichst alle erreicht werden, auch Familien, die bisher keine Einbindung in das Hilfesystem oder in andere Netzwerke haben. Die verpflichtenden U-Untersuchungen bei den Kinderärzt\*innen wären in den Augen einzelner Expert\*innen z.B. eine gute Gelegenheit, um zu beraten und Informationen weiterzugeben. Und natürlich wären auch Ämter und Behörden, die z.B. zur Beantragung von Leistungen aufgesucht werden müssen, dafür geeignet, sehen das aber – wie gesagt – eher nicht als ihre Aufgabe an. Die Expert\*innen haben noch weitere Beispiele genannt, wie Zugang und Information gelingen können.

Neben der fehlenden Bekanntheit von Angeboten, bestehen noch weitere Zugangsbarrieren, die der Nutzung von Unterstützungsangeboten im Wege stehen. Die wichtigsten werden im Folgenden aufgeführt:

- Eine große Rolle spielen **strukturelle und bürokratische Hürden**. Eine erhebliche Barriere entsteht, wenn eine Anmeldung oder ein Antrag für die Wahrnehmung eines Angebots erforderlich ist und es nicht spontan oder unregelmäßig genutzt werden kann. Die Beantragung ist oftmals kompliziert und aufwändig, vor allem bei finanziellen Hilfen. Teilweise ist sie sogar mehrstufig, wenn die Beantragung einer Leistung die Bewilligung einer anderen voraussetzt und dafür mehrere verschiedene Stellen aufgesucht werden müssen. Die Eltern kritisieren, dass der unflexible Umgang mit formalen Zugangsberechtigungen dazu führt, dass viele Familien mit hohem Unterstützungsbedarf nicht berücksichtigt werden, weil sie die Kriterien knapp nicht erfüllen. Abschreckend sind auch die sehr langen Bearbeitungsdauern mancher Anträge, die bei finanziellen Hilfen oder Kostenerstattungen zu erheblichen Engpässen bei den Antragstellenden führen können. Die Eltern und Jugendlichen kritisierten in den Diskussionen, dass es i.d.R. keine Überbrückungshilfen in Notfällen gibt. Eine große Herausforderung stellt zudem die Zersplitterung der Angebotslandschaft und des Hilfesystems dar. Die Zuständigkeiten sind – auch für beratende Fachkräfte – schwer zu überblicken und teilweise müssen viele verschiedene Anlaufstellen zunächst identifiziert und dann aufgesucht werden, um den Unterstützungsbedarf einer Familie zu decken. Die Vereinfachung von Bürokratie, z.B. indem Zugangsberechtigungen nicht für jede Einzelleistung gesondert nachgewiesen werden müssen, und die Bündelung von Leistungen, wie in der geplanten Kindergrundsicherung, sind deshalb sinnvolle Maßnahmen. Persönliche Beratung und Unterstützung bei Antragstellungen oder Anmeldeprozeduren würde vielen Familien helfen, diese bürokratischen Hürden zu überwinden.
- Angebote und Leistungen werden aber auch aus **Scham** oder der **Angst vor Stigmatisierung** nicht beantragt oder wahrgenommen. Sich als arm „outen“ zu müssen, ist mit der Scham verbunden, seine Familie nicht ohne fremde Hilfe alleine versorgen zu können und der Angst, durch andere stigmatisiert zu werden. Die Schamsschwelle ist dabei kulturell und individuell unterschiedlich und kann z.B. durch Begleitung bei der Beantragung oder bei der erstmaligen Nutzung von Angeboten gesenkt werden. In den Gruppendiskussionen wurde über Stigmatisierung aufgrund von Vorurteilen berichtet, etwa indem bei Einkommensarmut in Behörden automatisch auf Bildungsarmut und Unfähigkeit zur Alltagsbewältigung geschlossen wird oder indem allein die Herkunft aus einem bestimmten Stadtteil stigmatisiert. Sehr kritisch zu sehen ist in diesem Zusammenhang das in der Gesellschaft weit verbreitete materiell orientierte Statusdenken, das besonders in den Sozialen Medien sehr stark transportiert wird. Gegen Stigmatisierung hilft u.a. Anonymität bei der Leistungsgewährung, wie bei der FamilienCard, bei der nicht vermerkt ist, ob jemand z.B. im

Transferleistungsbezug steht. Und natürlich sollte auf Seiten der Anbieter auf eine nicht stigmatisierende Sprache geachtet werden. Gegen eine Stigmatisierung aufgrund der Herkunft würde eine stärkere soziale Durchmischung der Stadtquartiere helfen.

- Für einkommensschwache Familien sind naturgemäß die **Kosten** für ein Angebot eine große Hürde. Selbst wenn keine Teilnahmegebühren für ein Angebot anfallen und auch nicht aufwändig eine Erstattung beantragt werden muss, müssen oftmals teure Materialien gekauft werden (Musikinstrument und Noten für den Musikunterricht, Ausrüstung für den Sportverein, Schlafsack für das Feriencamp etc.). Selbst für Nachhilfeunterricht und die Schule müssen Material und z.T. Bücher gekauft werden, wie Jugendliche in der Gruppendiskussion beklagten. Solche Kosten werden zwar zum Teil – auf Antrag – erstattet, die gezahlten Beträge sind jedoch viel zu gering und sollten angehoben werden. Da in Materialien und Ausrüstung investiert werden muss, können Kinder auch nur sehr begrenzt ausprobieren, welches Instrument oder welche Sportart ihnen am besten gefällt. Mehr Schnupperangebote mit Leihequipment wären deshalb wünschenswert.
- Besonders für Familien mit Migrationshintergrund und eingeschränkten Deutschkenntnissen kommen als weitere Hürde **Sprachbarrieren** bei der Informierung über Angebote und Leistungen, deren Beantragung und deren Nutzung bzw. Inanspruchnahme, hinzu. Informationen und die Angebote selbst gibt es i.d.R. nur auf Deutsch und selbst wenn Fremdsprachen berücksichtigt werden, können es angesichts der Sprachvielfalt nur sehr wenige sein. Aber auch für Familien mit Deutsch als Muttersprache kann es Sprachbarrieren geben, etwa durch die schwer verständliche Verwaltungssprache oder auch durch Analphabetismus. Um Sprachbarrieren zu begegnen, hilft persönliche Beratung und Unterstützung, wenn nötig verbunden mit Dolmetscher\*innendiensten. Dafür sollten ein schnell und unkompliziert abrufbarer Dolmetscher\*innenpool und dafür vorgehaltene Finanzmittel verfügbar sein. Bei Informationsmaterial und auf Formularen sollte Mehrsprachigkeit angestrebt und auf möglichst einfache Sprache geachtet werden.
- Bei manchen Familien existieren auch **kulturelle Barrieren** bei der Wahrnehmung von Angeboten. Ein „klassisches“ Beispiel ist der gemischtgeschlechtliche Schwimmkurs, an dem muslimische Mädchen wegen ihrer Eltern nicht teilnehmen dürfen. Dem kann durch entsprechend kultursensible Angebote begegnet werden, wobei das die detaillierte Kenntnis der kulturspezifischen Bedarfe der Zielgruppen bei den Anbietern voraussetzt. Diese Kenntnis ist jedoch nur begrenzt vorhanden und lässt sich angesichts der Vielfalt der Kulturen auch nur schwer erlangen. Kulturelle Zugangsbarrieren von Familien sind häufig an deren Bildungsniveau gekoppelt. Kulturelle Barrieren können auch darin bestehen, dass Migrant\*innen nicht wissen, dass ihnen Leistungen zustehen oder sie kostenlose Angebote wahrnehmen oder sogar mitgestalten können, weil sie das aus ihren Herkunftsländern nicht kennen.
- Je nach Art des Angebots kann auch dessen **geografische Lage** bzw. **Erreichbarkeit** ein Problem darstellen. Muss ein kleines Kind zu einem Kurs begleitet werden, oder muss man bei der Arbeit extra frei nehmen, um eine abgelegene Behörde aufsuchen zu können, kann das je nach Familiensituation schwierig sein. Angebote, bei denen das wichtig ist, sollten deshalb wohnortnah verfügbar sein. Ist das nicht möglich, kann es aber auch sinnvoll sein, Angebote und auch Behörden räumlich zu konzentrieren, weil dadurch der Weegaufwand verringert wird. Wenn man z.B. ohnehin einen Kurs in einem gut zugänglichen Stadtteilhaus absolviert, fällt es leicht, sozusagen en passant, ein anderes dort angesiedeltes Angebot wahrzunehmen oder die sich ebenfalls dort befindende Beratungsstelle aufzusuchen.



- Angebote werden auch aus **Zeitmangel** nicht wahrgenommen. Viele armutsgefährdeten Familien sind zeitlich sehr stark mit der Sicherung ihres Lebensunterhalts und dem Management der Mangellage, verbunden mit vielen Behördengängen, eingebunden und haben kaum Luft, um sich zu informieren, selbst Angebote wahrzunehmen oder das für ihre Kinder zu organisieren. Erschwerend kommt hinzu, dass Beratungszeiten begrenzt sind und viele Angebote zu ungünstigen Zeiten stattfinden. Eine Entlastung für Eltern können ehrenamtliche Pat\*innen sein, die Kinder zu Angeboten begleiten, sollten diese mit längeren Fahrtzeiten verbunden sein oder zu ungünstigen Zeiten angeboten werden. Und natürlich hilft es, wenn ein Angebot zu unterschiedlichen, für die Familien günstigen, Zeiten angeboten wird und Beratungsstellen lange Öffnungszeiten haben.
- Ein weiterer Grund, warum Angebote nicht genutzt werden, ist das fehlende **Vertrauen** in den Träger, die durchführenden Personen oder die Inhalte. Vor allem Ämtern und Behörden wird häufig mit Misstrauen begegnet, da sie eher mit Kontrolle und weniger mit Hilfe assoziiert werden. Vertrauensbildend wirkt, wenn die Familie den Träger bereits über andere seiner Angebote kennt oder Empfehlungen durch Bekannte erhalten hat. Über die Inhalte von Angeboten sollte ausreichend durch Elternarbeit, Tage der offenen Tür etc. informiert werden. Vertrauen kann auch durch (Beratungs-)Personal aufgebaut werden, das den Zielgruppen näher ist und sich besser in sie hineinversetzen kann (weibliche Fachkräfte, Migrant\*innen, Personen mit Behinderung etc.).
- Zusätzlich zu den bisher genannten, gibt es auch **individuelle Hinderungsgründe**. Manchmal fehlt – z.T. aufgrund von Resignation – die Motivation, um sich beraten zu lassen oder ein unterstützendes Angebot wahrzunehmen. Das macht zugehende Beratungen nötig und nicht nur zu informieren, sondern auch zu aktivieren und zu motivieren. Und man muss berücksichtigen, dass es mitunter auch am nötigen Selbstbewusstsein oder Selbstwertgefühl mangelt, um bestimmte Angebote wahrzunehmen.

## Vernetzung der Angebote und Träger

In der Online-Abfrage bei den Trägern und in den Expert\*inneninterviews wurden auch Informationen zu der Netzwerkeinbindung der Freiburger Angebote und ihrer Träger erhoben.

Die in beiden Erhebungen genannten Netzwerke wurden im Überblick zusammengestellt. Diese Sammlung kann als eine Grundlage für die Verknüpfung der bestehenden Netzwerke zu einem gesamtstädtischen Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut dienen.

Aus den Erhebungen ergeben sich zudem eine ganze Reihe von Hinweisen, wie eine Vernetzung gestaltet sein sollte, um effizient und effektiv zu sein.

- Völlig unstrittig bei den Fachleuten ist der generelle **Nutzen** von Netzwerken. Sie dienen u.a. der informellen Kontaktaufnahme und -pflege, dem Informationsaustausch und bieten für die Anbieter und Träger die Möglichkeit, sich zu koordinieren und gemeinsame Projekte und Strategien zu entwickeln. Allerdings gibt es einen Grenznutzen, weil die Beteiligung an Netzwerken immer mit erheblichem Zeitaufwand für die Mitglieder verbunden ist, der auf Dauer nur durch entsprechende Ergebnisse und Effizienz gerechtfertigt ist. Der Zeitaufwand ist für die Teilnehmenden umso höher, je aktiver die eigene Rolle in einem Netzwerk ist. Die Mitarbeit in einem Arbeitskreis, der Lösungen für Fachfragen erarbeitet, erfordert mehr Einsatz als die passive Nutzung eines Netzwerks zur Informationsgewinnung. Besonders ineffektiv und frustrierend für die Beteiligten ist es, wenn mit viel Energie Ideen und Konzepte entwickelt werden, die dann „in der Schublade verschwinden“ und in der Praxis nicht umgesetzt werden.

Da der Zeitaufwand für Netzwerkarbeit i.d.R. bei Fördermitteln nicht berücksichtigt wird und auch bei anderweitig finanzierten Stellen nur sehr selten mit Stellenanteilen hinterlegt ist, ist es auf Dauer unerlässlich, dass Netzwerke effektiv sind und einen Nutzen für die eigene Arbeit haben. Dafür unbedingt nötig ist die Steuerung durch eine Koordinierungsstelle, eine Geschäftsstelle oder zumindest eine dafür verantwortliche Person. Die Themen müssen festgelegt, ein Raum organisiert, die Mitglieder eingeladen, das Treffen vorbereitet, koordiniert, moderiert und protokolliert werden.

Sowohl große als auch kleinere Netzwerke haben ihre Berechtigung. Der Vorteil der großen Netzwerke ist, dass dort alle relevanten Akteur\*innen versammelt und ansprechbar sind, die eigentliche inhaltliche Arbeit wird aber eher in kleineren Netzwerken geleistet bzw. in Arbeitskreisen oder -gruppen der großen Netzwerke. Neben einer Vernetzung der Leitungsebene sind auch Netzwerke der Fachebene sinnvoll, in denen Fragestellungen aus der Fachpraxis thematisiert werden können.

- Zu einer **Ausweitung der Vernetzung** und der Zusammenführung in einem übergreifenden Präventionsnetzwerk gaben die Expert\*innen einige Hinweise. Bevor neue Netzwerke etabliert werden, sollten zunächst die bestehenden hinsichtlich ihrer Effektivität, Ziele und Konzeption optimiert werden. Ausgebaut und unterstützt werden sollte auch die Vernetzung der *Zielgruppen*, damit untereinander Informationen ausgetauscht werden können. Eine Verbesserung der Vernetzung der verschiedenen Fach- bzw. Rechtsbereiche (SGB VIII, IX, Gesundheitsvorsorge etc.) würde helfen, Schnittstellenproblemen zu begegnen.

Sinnvoll wäre auch eine Ausweitung des Kreises der Beteiligten. Im Allgemeinen sind die Netzwerke in diesem Themenfeld durch Akteur\*innen aus dem Sozialbereich dominiert, wichtig wäre aber auch, den ökonomischen Bereich mit einzubinden. Z.B. wäre es bei Netzwerken von berufsbezogenen Angeboten sehr hilfreich, auch die Arbeitgeber in einen Austausch einzubeziehen.

- Die Einrichtung eines übergreifendes **Präventionsnetzwerks** zum Thema Kinderarmut wird begrüßt. Soweit möglich, sollte dafür auf bestehende Netzwerke und Strukturen zurückgegriffen werden und die Erfahrungen und vorhandenen Evaluationen der Träger gesammelt und einbezogen werden. Wichtig ist auch, dass das Präventionsnetzwerk langfristig angelegt wird und nicht nur, etwa wegen auslaufender Fördermittel, für zwei oder drei Jahre.

Da das Jugendamt de facto die zentrale Anlaufstelle in diesem Themenfeld ist und die Stadt auch die meisten Mittel verwaltet, sollte es nach Ansicht der Expert\*innen in die bestehenden Netzwerke eingebunden sein und eine steuernde Funktion übernehmen, unter ausreichender Berücksichtigung der Anliegen der Träger. Insofern ist es richtig, dass die Koordinierungsstelle für das Präventionsnetzwerk beim Amt für Kinder, Jugend und Familie angesiedelt ist.

Wenn die Stadt die Netzwerkarbeit in diesem Feld unterstützen und ausweiten möchte, sollte sie auch darüber nachdenken, den dadurch für die Anbieter und Träger entstehenden Zeit- und Personalaufwand z.B. bei den städtischen Fördermitteln mit zu berücksichtigen.

## Ausblick

Mit der von FIFAS durchgeführten Bestandserhebung und -analyse wurde eine wichtige Grundlage für die zukünftige Arbeit des Freiburger Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut geschaffen. Die in Freiburg vorhandenen Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut wurden erhoben und eine vorläufige Angebotsdatenbank erstellt und übergeben. Diese muss im weiteren Projektverlauf noch vertiefend inhaltlich betrachtet und ggf. ergänzt werden. Die Datenbank soll den zukünftigen Akteur\*innen des Präventionsnetzwerks als Grundlage dienen, um ungedeckte Bedarfe, Lücken und Doppelstrukturen in den einzelnen Themenfeldern zu erkennen und darauf hinzuarbeiten, eine lückenlose Präventionskette unterstützender Angebote von der Geburt bis zum Erwachsenwerden in Freiburg aufzubauen.

Mit den Erhebungen wurden noch weitere wichtige Informationen gewonnen. Durch die qualitativen Interviews mit Expert\*innen sowie armutsgefährdeten Eltern und Jugendlichen ergaben sich zusätzliche Hinweise auf ungedeckte Bedarfe, Zugangsbarrieren bei der Nutzung von Angeboten und zur Vernetzung der Angebote und Träger, die bei der weiteren Arbeit des Präventionsnetzwerks sehr nützlich sein werden. Die Zielgruppen sollten – über regelmäßige Bedarfserhebungen und weitere Beteiligungsmöglichkeiten – weiterhin in das Projekt eingebunden werden.

Es bleibt zu hoffen, dass es gelingen wird, das Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut langfristig in Freiburg zu etablieren. Die bisherigen Erfahrungen aus anderen Standorten zeigen, dass sich dann damit die Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern nachhaltig verbessern lassen.